



Potsdam, 4.11.2013

## **Pressemitteilung**

### **NEIN zu Gewalt an Frauen!**

#### **Erhebliche Versorgungslücken im Hilfesystem bei Gewalt gegen Frauen**

Anlässlich des Internationalen Gedenktages „NEIN zu Gewalt an Frauen“ am 25. November weist der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg darauf hin, dass noch immer erhebliche Versorgungslücken im Hilfesystem bei Gewalt gegen Frauen existieren: Weiterhin werden viel zu selten Fälle von häuslicher Gewalt von der Polizei an Opferhilfeeinrichtungen vermittelt, damit diese sich mit den Opfern beratend in Verbindung setzen können. Darüber hinaus fehlt in fast allen brandenburgischen Frauenhäusern eine Fachkraft für die 678 von Gewalt betroffenen Kinder, die im Jahr 2012 neben 632 Frauen in Brandenburgs Frauenhäuser aufgenommen wurden. „Um Gewalt gegen Frauen und Kinder effektiv zu bekämpfen, bedarf es einer Verbesserung der finanziellen und personellen Ausstattung der Frauenhäuser unter anderem durch sozialpädagogische Fachkräfte für von Gewalt betroffene Kinder“, so Heide-rose Gerber, Sprecherin des Frauenpolitischen Rates.

Unzureichend ist das Hilfesystem auch für Flüchtlingsfrauen. Aufgrund der Unterbringung in Sammelunterkünften, in denen es keine geschützten Räume gibt, sind sie in besonderem Maße Gewalt ausgesetzt. Denn das Mittel der „Wegweisung“, mit dem die Polizei Täter häuslicher Gewalt aus dem Umfeld des Opfers verweisen kann, gilt nicht für in Unterkünften für Asylsuchende lebende Frauen. Deshalb unterstützt der Frauenpolitische Rat die Forderung von Women in Exile, einer Brandenburger Selbstorganisation von Flüchtlingsfrauen, nach landesweiten Regelungen, die die Landkreise und Bezirke anweisen, Flüchtlinge in Landkreise und Bezirke zu integrieren und in Wohnungen unterzubringen – vor allem Frauen und Kinder!

Der Frauenpolitische Rat begrüßt die Bemühungen des Landes Brandenburg, häuslicher Gewalt entgegen zu wirken und die Situation für Opfer von sexualisierter Gewalt zu verbessern, fordert jedoch eine Erweiterung der Frauenunterstützungsstrukturen insbesondere im Hinblick auf präventive Maßnahmen und Angebote. Diese müssen auch im ländlichen Raum zugänglich und erreichbar sein. Dazu gehört auch Täterarbeit als Bestandteil einer nachhaltigen Bekämpfung von Häuslicher Gewalt. Bisher gibt es weder Männerberatung noch Täterarbeit. Langfristig kann der Kampf gegen häusliche Gewalt aber nur in der Verbindung von stabil finanziertem Opferschutz und Täterarbeit gelingen.

**Zusammenschluss von Frauenverbänden, -organisationen, -vereinen sowie Frauengruppen  
der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien im Land Brandenburg**



Im Land Brandenburg wurden im Jahr 2012 insgesamt 3.579 Straftaten im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt in der Polizeilichen Kriminalstatistik registriert. Damit ist seit 2008 erstmals ein leichter Rückgang der Fallzahlen zu verzeichnen. Trotzdem befinden sich diese immer noch auf einem hohen Niveau und die Dunkelziffern liegen um ein Vielfaches höher. So verweist etwa Terre des Femmes e.V. darauf, dass laut Dunkelfeldforschung etwa alle drei Minuten eine Frau in Deutschland vergewaltigt wird – in den meisten Fällen durch den eigenen Partner, einen Verwandten oder einen Freund. In 70% der Fälle ist der Tatort die eigene Wohnung. Angezeigt wird jedoch nur ein Bruchteil dieser Vorfälle. Einer der Gründe dafür ist die geringe Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung. Aufgrund von Lücken im Gesetz zu Vergewaltigung reicht das „Nein“ einer von Vergewaltigung Betroffenen nicht aus, damit ein Täter später wegen Vergewaltigung verurteilt wird. Darüber hinaus sind viele Opfer von sexualisierter Gewalt traumatisiert. Häufig werden sie nicht unterstützt, nicht psychologisch betreut, nicht untersucht und die Spuren und Beweise bis zu einem späteren Verfahren nicht gesichert.

Für die Weltgesundheitsorganisation handelt es sich bei Gewalt gegen Frauen um ein „globales Gesundheitsproblem mit epidemischen Ausmaßen“. Denn Gewalt gegen Frauen ist immer noch eine der am weitesten verbreiteten Menschenrechtsverletzungen weltweit. Sie betrifft nicht nur Frauen, sondern die gesamte Gesellschaft: durch gravierende Auswirkungen auf das Gesundheitssystem und als Hindernis zur Gleichstellung von Frauen und Männer.

Zusammen mit dem Autonomen Frauenzentrum Potsdam e.V. und dem Netzwerk brandenburgischer Frauenhäuser e.V. lädt der Frauenpolitische Rat am 28.11.2013 zum Fachtag: „Für Frauenrechte – Wege ebnen“ ins T-WERK in Potsdam ein. Dort werden Handlungsschritte erarbeitet, die sowohl wünschenswert als auch dringend erforderlich sind, um die Situation von gewaltbetroffenen Frauen im Land Brandenburg zu verbessern. Nähere Informationen zu allen Veranstaltungen und Initiativen, die in der Aktionswoche am den 25. November 2013 stattfinden, gibt es in Kürze auf den Internetseiten des Frauenpolitischen Rates unter [www.frauenrat-brandenburg.de](http://www.frauenrat-brandenburg.de).

Ansprechpartnerin für die Presse:  
Heiderose Gerber, Tel: 0331 90 13 13

Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. ist der als gemeinnützig anerkannte Zusammenschluss von 21 Frauenverbänden, -organisationen und -vereinen sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien im Land Brandenburg. Das überparteilich und überkonfessionell arbeitende Gremium vertritt die Interessen von rund 150.000 organisierten Frauen gegenüber Parteien, Gremien, der Landes- und Bundesregierung und der Verwaltung. Hervorgegangen aus dem Frauenpolitischen Runden Tisch, wurde der Landesverband 1992 gegründet. Ziel des Frauenpolitischen Rates ist die Verbesserung der Situation von Frauen im Arbeitsleben, in der Politik und in ihrem gesamten sozialen Umfeld.

**Zusammenschluss von Frauenverbänden, -organisationen, -vereinen sowie Frauengruppen  
der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien im Land Brandenburg**